

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am
22.09.2010

Tagungsort: Rochdale Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 16:10 Uhr
Sitzungspausen: 17.05 Uhr bis 17.15 Uhr; 18.10 Uhr – 18.20 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Baum	Vorsitzender
Frau Aufderheide	
Herr Dr. Bruder	
Frau Elsenheimer	
Frau Heinrich	
Frau Hofmann	
Herr Imorde	
Herr Kläs	
Herr Reeske	(bis 17.00 Uhr)
Frau Röder	

Stellvertretende Mitglieder

Herr Aufderheide
Herr Dr. Gerull

Beratende Mitglieder

Frau Schneider (SPD)
Frau Wegner (Bündnis 90/Die Grünen) (bis 18.30 Uhr)
Frau Wilmsmeier (FDP)
Frau Niemeyer (Die Linke)
Frau Thielke (BfB)

Behindertenkoordinator mit beratender Stimme

Herr Ohlendorf Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Verwaltung

Frau Ortmann	Umweltamt
Herr Fabian	Amt für Verkehr
Frau Grewe	Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten
Herr Heibrock	Amt für Jugend und Familie – Jugendamt -
Frau Schröder	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Voelzke	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Frau Hammes	Schwerbehindertenvertretung

Schriftführung
Frau Daube

Amt für Soziale Leistungen
- Sozialamt -

Gäste
Herr Harnisch
Frau Hoppe
Frau Landmann

Architekturbüro HSK
Gebärdensprachdolmetscherin
Gebärdensprachdolmetscherin

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Baum begrüßt alle Anwesenden, stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und schlägt folgende Ergänzung der Tagesordnung vor:

Als neuer Tagesordnungspunkt nach Top 13 wird eingefügt:

Haushaltssicherungskonzept 2010-2014, HSK-Maßnahme-Nr. 178 - Einsparung Stelle Behindertenberatung 0,7 g. D. im Gesundheitsamt. Die Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 1421/2009-2014 wird als Tischvorlage verteilt. Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend.

Frau Hofmann bittet, die Top 10 und 15 vorzuziehen und nach Top 6 zu beraten, da es ihr aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich sein wird, bis 19 Uhr an der Sitzung teilzunehmen.

Beschluss:

Die Änderungen bzw. Ergänzung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Herr Dr. Gerull erklärt, dass für ihn die Zustellung der Sitzungsunterlagen nicht form- und fristgerecht erfolgt sei. Er habe bisher keinen Zugriff auf das Ratsinformationssystem und könne als blinder Mensch die in Schriftform erhaltenen Unterlagen nicht lesen. Bisher habe er diese von der Geschäftsführung, soweit es möglich war, auch per Mail erhalten. Nun wurde jedoch nur auf das Ratsinformationssystem verwiesen. Er wünsche weiterhin alle Unterlagen direkt per Mail zu erhalten.

Zu Punkt 1**Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 23.06.2010**

Frau Aufderheide merkt an, dass ihr Bericht aus der Pflegekonferenz nicht mit dem von ihr verwandten Wortlaut wiedergegeben wurde. Sie bittet darum, künftig ausführlichere Protokolle zu erstellen. Seitens der Geschäftsführung wird darauf verwiesen, dass durch die Änderung der Geschäftsordnung des Rates vom 16.10.2003 nur modifizierte Beschlussprotokolle anzufertigen seien, die die wesentlichen Inhalte der Diskussion (d.h. Beiträge/Argumente, die das Abstimmungsverhalten verdeutlichen) enthalten sollen.

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen vom 23.06.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3**Mitteilungen****Zu Punkt 3.1****Bielefeld>>Pakt**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage. Die Anwesenden haben heute die Möglichkeit, durch ihre Unterschrift den Bielefeld-Pakt zu unterstützen. Das „rote Buch“ liege im Sitzungsraum aus.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.2**Wettbewerbsauslobung Kesselbrink; Nennung eines beratenden Mitglieds aus dem Beirat für Behindertenfragen für das Preisgericht**

Frau Daube teilt mit, dass der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 15.07.2010 die Personen, die für das Preisgericht als Fachleute zur Verfügung stehen, benannt habe. Auch ein Vertreter des Beirates für Behindertenfragen als sachverständiger Berater sei vorgesehen und war bis zum 15.09.2010 zu benennen. Herr Baum habe sich bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen.

- der Beirat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass der Vorsitzende, Herr Baum, als Vertreter des Beirates für Behindertenfragen dem Preisgericht angehören wird. -

Zu Punkt 3.3**Weiterbeschäftigung der Quartiershelfer in den Stadtbezirken**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage. Die Maßnahme „Quartiershelfer“ bleibe grundsätzlich mit 20 Arbeitsplätzen bestehen. Die Maßnahme solle nach § 16e SGB II weitergeführt werden. Um die Ausschlussfrist durch die Agentur für Arbeit zu erhalten, war eine kurzfristige Entscheidung erforderlich. Die Entscheidung erging im Wege der Dringlichkeit.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Neues Info-Portal des LWL zur integrativen Beschulung

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Erste Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Stadt Bielefeld

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage. Der Rat der Stadt habe die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes beschlossen. Damit sei das fortgeschriebene Kapitel des Nahverkehrsplanes rechtsgültig und werde dem vorliegenden Nahverkehrsplan beigelegt.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.6 Mitteilung des Nordrheinwestfälischen Städte- und Gemeindebundes über die Arbeit kommunaler Behindertenbeauftragter und Behindertenbeiräte

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage. Die Liste der Behindertenbeauftragten und Behindertenbeiräte in Nordrhein-Westfalen könne im Internet unter www.lbb.nrw.de abgerufen werden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.7 Fachtagung "Depressionen und psychosomatische Störungen bei Behinderung/chronischer Erkrankung - Aufklärung und Entwicklung von Präventionsmaßnahmen"

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.8 **"Gesundheitliche Versorgung für Menschen mit Behinderungen".
Angehörigentag im Stiftungsbereich Behindertenhilfe am 30.10.2010**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage. Da Herr Winkelmann an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann, verliest Vorsitzender Herr Baum eine von Herrn Winkelmann übermittelte Erläuterung (**Anlage 1**).

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.9 **"Forderungen des deutschen Behindertenrates zur Umsetzung der UN-Konvention"**

Frau Röder teilt mit, dass der Deutsche Behindertenrat einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) fordere. Die BRK sei bereits seit 2009 geltendes Recht, seither habe sich aber nicht viel verändert. Um die Umsetzung voranzutreiben, habe der Deutsche Behindertenrat ein Forderungspapier erstellt und erste Forderungen für einen Aktionsplan erarbeitet. Die Forderungen des Deutschen Behindertenrates können im Internet unter www.dvfr.de nachgelesen werden. Wie die UN-Konvention in Bielefeld umgesetzt werden könne, solle, auch unter Bezug auf die hierzu erfolgte Klausurtagung des Beirates, in einer der nächsten Sitzungen des Beirates für Behindertenfragen erörtert werden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.10 **Info-Brief: Demographie (3)**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.11 **"2. Woche der seelischen Gesundheit in Bielefeld"
vom 04.10. - 09.10.2010**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.12 Wünsche und Anregungen zu den neuen Stadtbahnwagen "VAMOS"

Vorsitzender Herr Baum teilt mit, dass die Anregungen und Wünsche der Mitglieder des Beirates zu den neuen Stadtbahnwagen „VAMOS“ an moBiel weitergeleitet wurden, in der Hoffnung, dass einige Anregungen noch berücksichtigt werden können. Die Geschäftsführung des Beirates solle in angemessener Zeit bei moBiel Informationen zum Sachstand einholen und klären, ob eine Besichtigung der Stadtbahnwagen möglich sei. Herr Dr. Gerull bezweifelt, dass noch Änderungswünsche berücksichtigt werden können, da die Wagen doch bereits bestellt wären.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.13 Informationsveranstaltung "Osteuropäische Haushaltshilfen" am 06.10.2010

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.14 Einladung zum Sommerfest im Café 3 b

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die ausliegende Einladung zum Sommerfest im Cafe 3b am 25.09.2010

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.15 Einladung zum Gottesdienst in der Katholischen St.-Josefskirche

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die am Eingang ausliegende Einladung zum gemeinsamen Gottesdienst behinderter und nicht behinderter Menschen am 26.09.2010 um 10 Uhr in der Katholischen St.-Josefskirche Bielefeld.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.16 Demographische Entwicklung in Bielefeld (Heft 7)

Vorsitzender Herr Baum teilt mit, dass eine Dokumentation des Projekts „Räume der Zukunft – Sichtwechsel im Liegestuhl“ zum Thema „Demographischer Wandel und Quartiersentwicklung“ vorliege. Die Broschüre

könne bei der Geschäftsführung des Beirates eingesehen werden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.17 Veranstaltung zum europaweiten Protesttag für Gleichstellung und gegen Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen 2011

Vorsitzender Herr Baum informiert die Mitglieder des Beirates, dass es auch im nächsten Jahr wieder am 05. Mai eine Veranstaltung zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen geben wird. Zur Vorbereitung des Aktionstag werde noch eingeladen.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.18 Einladung des LWL zur Fachtagung "Inklusive Schule - Eine Chance für alle?!"

Herr Ohlendorf informiert die Mitglieder über eine Einladung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zur Fachtagung „Inklusive Schule – Eine Chance für alle?!“ am 04.11.2010 in Münster.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.19 Einladung des Frauennotruf Bielefeld zum Fachtag "Behinderte Frauen haben Recht!"

Herr Ohlendorf teilt mit, dass ihm eine Einladung des Frauennotruf Bielefeld zum Fachtag „Behinderte Frauen haben Recht!“ am 15.11.2010 vorliege und bei ihm eingesehen werden könne.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.20 Einladung zum 1. Bielefelder Hörtag

Frau Aufderheide informiert die Mitglieder über eine Einladung zum „1. Bielefelder Hörtag“ am 02.10.2010 im Alten Rathaus

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.21 **„Runder Tisch Autismus OWL“**

Herr Kläs teilt mit, dass der „Runde Tisch Autismus OWL“ den „Leitfaden für Menschen mit Autismus“ herausgegeben habe. Die Broschüre richte sich an alle, die mit Autismus zu tun haben oder sich dafür interessieren.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

Frau Röder fragt an, ob das Thema „Inklusive Schule“ in der nächsten Sitzung behandelt werden könne.

Frau Hofmann bittet Herrn Dr. Bruder um Informationen, was sehbehinderte Menschen tun müssten, um Wahlschablonen zu erhalten. Vorsitzender Herr Baum bittet Frau Hofmann, dieses direkt mit Herrn Dr. Bruder in der Sitzungspause zu klären.

Frau Hofmann bittet den Vorsitzenden Herrn Baum um eine Erklärung, warum seine Beschwerde bei der Fifa nur die Plätze für Rollstuhlfahrer während der Frauenfußball-WM U20 in der Schüco-Arena betraf. Auch die Sehbehinderten seien davon betroffen gewesen. Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, dieses als Tagesordnungspunkt in der nächsten Beiratssitzung zu behandeln.

Herr Dr. Gerull teilt mit, dass die Baumaßnahmen in der Stadthalle zwischenzeitlich abgeschlossen seien und fragt an, ob eine Schlussbegehung durch die Mitglieder des Beirates für Behindertenfragen vorgesehen sei.

Frau Aufderheide bittet den Vorsitzenden Herrn Baum um eine Erklärung, warum ihre Anträge vom 12.05.2010 erst in der nächsten Sitzung behandelt werden. Sie bittet darum, Anträge zukünftig zeitnah zu behandeln.

Frau Hofmann regt an, dass bei der Vielzahl der noch zu behandelnden Themen in Erwägung gezogen werden solle, evtl. auch mal eine Sondersitzung vorzusehen.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 5 **Stadtumbau Sennestadt / Park- und Spiellandschaft Sennestadt: Herrichtung und Aufwertung von Wegeverbindungen im Bullerbach-tal/ Ost-West-Grünzug**
Beratungsgrundlage:
 Drucksachennummer: 1438/2009-2014

Vorsitzender Herr Baum begrüßt Frau Ortmann vom Umweltamt. Frau Ortmann erläutert die Vorlage. Der Stadtumbau Sennestadt werde in mehreren Bauabschnitten erfolgen. Für die Herrichtung und Aufwertung der Wegeverbindung (bisher Trampelpfad) zwischen dem Sennestadtring zum Ramsbrockring läge der Stadt Bielefeld eine Förderzusage der Bezirksregierung vom Mai 2010 in Höhe von 145.000,- EUR vor. Um über die Mittel verfügen zu können, musste die Ausschreibung der Arbeiten für den Ausbau noch im August 2010 erfolgen, damit die Maßnahme bis Ende Oktober 2010 abgerechnet werden könne. Auf der Grundlage der Förderrichtlinie „Stadterneuerung 2008“ bestehe die Verpflichtung, eine barrierefreie Bauausführung durchzuführen. Da eine barrierefreie Herrichtung der Wegeverbindung aufgrund der topographischen Verhältnisse nicht vertretbar war, habe die Bezirksregierung die Verwaltung gebeten, die Bauausführung des Weges mit dem Beirat für Behindertenfragen abzustimmen. Da der Beirat nicht mehr rechtzeitig einberufen werden und die Entscheidung nicht aufgeschoben werden konnte, wurde im Wege einer dringlichen Entscheidung durch den Vorsitzenden des Beirates für Behindertenfragen, Herrn Baum, und Beigeordneten Herrn Dr. Witthaus in Vertretung für Beigeordnete Frau Ritschel, entsprechend der Beschlussvorlage Dr.-Nr. 1118/2009-2014 vom 17.06.2010 am 25.08.2010 entschieden, dass auf den barrierefreien Ausbau dieser Wegeverbindung verzichtet wird.

Die weiteren Bauabschnitte würden mit dem Beirat für Behindertenfragen noch abgestimmt.

Vorsitzender Herr Baum stimmt den Ausführungen von Frau Ortmann zu. Herr Imorde vertritt die Auffassung, dass auch ohne Zustimmung des Beirates die Baumaßnahmen umgesetzt würden. Frau Thielke fragt nach, ob bei der Treppenanlage ein Gelände vorhanden sei. Frau Ortmann geht davon aus, dass die bei Treppenanlagen erforderlichen Standards eingehalten werden. Herr Kläs bittet künftig darauf zu achten, dass die Förderrichtlinien eingehalten werden und solche Entscheidungen die Ausnahme bleiben.

Frau Heinrich bittet darauf hinzuwirken, solche Baumaßnahmen längerfristig zu planen. Frau Ortmann führt aus, dass die Fristen bei EU-Förderungen sehr eng seien. Hier könne nur die Entscheidung getroffen werden, die Mittel zu verbauen oder nicht.

Vorsitzender Herr Baum bedankt sich bei Frau Ortmann für die Ausführungen.

Beschluss:

Der dringlichen Entscheidung vom 25.08.2010 wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Anträge

Zu Punkt 6.1

Sicherstellung des Informationsaustausches über Projekte und Vorhaben des Landes Nordrhein-Westfalen im Bielefelder Stadtgebiet **Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 1435/2009-2014

Herr Dr. Gerull erläutert den Antrag. Der Beirat für Behindertenfragen solle auch bei öffentlichen Bauvorhaben, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Bielefeld fielen, auf die barrierefreie Gestaltung Einfluss nehmen können. Dieses wäre nur möglich, wenn er frühzeitig mit einbezogen werde.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen fordert die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen auf, zukünftig sicher zu stellen, dass der Beirat für Behindertenfragen der Stadt Bielefeld über Projekte und Vorhaben, die öffentliche Gebäude und Verkehrswege im Bielefelder Stadtgebiet betreffen und in der Zuständigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen liegen, frühzeitig informiert wird, um Einfluss auf die barrierefreie Gestaltung der Projekte nehmen zu können.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Sitzungspause: 17.05 – 17.15 Uhr

Zu Punkt 10

(vorgezogene Beratung)

Barrierefreie Standards an Querungsstellen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1313/2009-2014

Vorsitzender Herr Baum begrüßt Herrn Fabian vom Amt für Verkehr. Herr Fabian verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung. Weitere Ausführungen seien aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Herr Dr. Gerull stellt fest, dass die 2004 im Beirat für Behindertenfragen beschlossene Gestaltung von Querungen keinen Standard festgelegt habe. Für die Gestaltung von Gehwegabsenkungen sollte nach den in der Begründung vorgestellten Bauweise nur für eine Testphase von einem Jahr gebaut und die gesammelten Erfahrungen erneut im Beirat vorgestellt werden. Dieses sei nicht geschehen. Die Vertreter der Sehbehinderten und Blinden hätten im Arbeitskreis „Bebaute Umwelt und Verkehr“ mehrfach diese Probelösung als unzureichend kritisiert und auf die entsprechende DIN verwiesen.

Herr Fabian stellt fest, dass es zu der barrierefreien Gestaltung von Querungsstellen von Seiten des Beirates für Behindertenfragen keinen anderweitigen Beschluss gäbe. Somit wurde nach der für die Testphase vorgestellten Bauweise weiter gebaut. Um für alle Betroffenen eine einvernehmliche Lösung festzulegen, habe am 15.07.2010 ein Gespräch mit Vertretern des Stadtentwicklungsausschusses, des Seniorenrates und des Beirates für Behindertenfragen bei Herrn Moss stattgefunden. Unter Berücksichtigung des Leitfadens von Straßen-NRW schlug Herr Moss folgende Standards für Bordsteinabsenkungen an Querungsstellen vor:

- An Querungsstellen mit einer Standardbreite von 4 m solle die Doppelquerung entsprechend dem Leitfaden Straßen-NRW mit einer Tastkante von 6 cm und einem auf 0 abgesenkten Bereich

gebaut werden, mit der Abweichung, dass der 1-cm-Bereich auf 0 abgesenkt wird.

- An Querungsstellen mit geringerer Breite, wo eine Doppelquerung mit einem 0 + 6 cm-Bereich nicht mehr realisierbar sei, werde die Tastkante von 6 cm auf 3 cm reduziert.

Die Vertreter des Beirates für Behindertenfragen und des Seniorenrates stimmten dieser Regelung zu.

Dr. Gerull vertritt die Meinung, dass der Leitfaden von Straßen-NRW für Barrierefreiheit im Straßenraum in allen Städten als Grundlage für den Straßenbau verbindlich sein müsse.

Frau Hofmann fragt nach, warum lt. Vorlage der Bereich der Null-Absenkung durch zwei Reihen Rippenplatten gegen das unbeabsichtigte Betreten durch blinde Menschen gesichert werden solle und die Rippen parallel zur Fahrbahn ausgerichtet und damit in Richtung des anschließenden Hochbords weisen würden. Herr Dr. Gerull erläutert, dass diese Gestaltung nicht dem Leitfaden NRW entspräche. und auch mit den Betroffenen nicht abgestimmt sei. In diesem Bereich käme nur ein Noppenprofil in Frage.

Frau Hofmann merkt an, dass Herr Moss in dem Gespräch am 15.07.2010 eindeutig darauf hingewiesen habe, dass in Bielefeld der „Leitfaden Straßen NRW“ unter Berücksichtigung der zuvor benannten Änderungen generell anzuwenden sei, da von dessen Anwendung auch die Bewilligung von Fördermitteln abhängig wäre. Abweichungen sollten in jedem Einzelfall im Beirat für Behindertenfragen bzw. mit den Betroffenen erörtert werden. Dieses sei in diesem Fall nicht geschehen. Sie führt weiter aus, dass die in der Beschlussvorlage vorgestellte Gestaltung von Querungsstellen zu einer erheblichen Gefährdung blinder Menschen führen würde und so nicht beschlossen werden könne.

Nach dem „Leitfaden Straßen NRW“ seien Noppenplatten im Gegensatz zu Rippenplatten richtungsneutral, jedoch mit den Füßen und dem Blinden-Langstock gut zu ertasten. Sie seien besonders als Warnhinweis vorgesehen. Gleichzeitig käme ihnen in Verbindung mit Aufmerksamkeitsstreifen die Information „Annäherung Querungsstelle“ zu. Der Leitfaden sieht vor, dass der flach abgesenkte Teil der Querungsstelle durch eine 60 cm tiefe Noppenreihe, die direkt an den Bordstein anschließt, über die gesamte verbleibende Breite gegen versehentliches Überlaufen für sehbehinderte und blinde Menschen zu sichern sei.

Herr Fabian teilt mit, dass die in der Vorlage (Dr-Nr. 1313/2009-2014) beschriebene Bauweise mit dem Landesbetrieb Straßen-NRW abgeklärt sei und nach den am 15.07.2010 vereinbarten Standards bereits in Dornberg gebaut werde.

Herr Dr. Gerull schlägt vor, die Umsetzung vor Ort zu testen.

Da in der Diskussion keine einvernehmliche Lösung erzielt werden konnte, schlägt Vorsitzender Herr Baum vor, den Top in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln.

Beschluss:

-Der Beirat vertagt die Entscheidung auf die nächste Sitzung-

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15
(vorgezogene Beratung)

Behindertengerechtes Leitsystem für das Neue Rathaus
- Außenbereich - Gestaltung Rathausvorplatz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1475/2009-2014

Frau Hofmann teilt mit, dass für die Gestaltung der Aufmerksamkeitsfelder die Zustimmung des Urheberarchitekten erforderlich sei. Nach anfänglichen Schwierigkeiten, die Anschrift von Herrn Prof. Ortner von der Verwaltung zu erhalten, habe sie, um das Verfahren zu beschleunigen, den Urheberarchitekten des „Leinentuches“ Herrn Prof. Ortner selbst kontaktieren können. Nachdem die Sehbehinderten und Blinden bereit waren, Kompromisse bei der behindertengerechten Gestaltung einzugehen (keine weißen Aufmerksamkeitsfelder), hat Herr Prof. Ortner ihrem Vorschlag zugestimmt. Die Aufmerksamkeitsfelder auf dem Rathausvorplatz können nun einfarbig Anthrazit gestaltet werden.

- der Beirat nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung mit den Ergänzungen von Frau Hofmann zur Kenntnis -

Zu Punkt 11
(vorgezogene Beratung)

Vorplanung der den Kesselbrink umschließenden Straßenräume

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1402/2009-2014

Vorsitzender Herr Baum begrüßt Herrn Harnisch vom Architekturbüro HSV. Unter Verweis auf die Informationsvorlage berichtet Herr Harnisch zum Sachstand des Wettbewerbs. Die Vorplanungen für die den Kesselbrink umschließenden Straßenräume seien ergänzende und konkretisierende Wettbewerbsgrundlagen zur Machbarkeitsstudie und zur Auslobung. Herr Harnisch erläutert die wesentlichen Züge der Verkehrsführung anhand des bis dahin erstellten Lageplanes (**Anlage 2**). Rund um den Kesselbrink, mit Ausnahme der August-Bebel-Straße, werde ein Einbahnstraßensystem errichtet, um den ÖPNV zu beschleunigen sowie die Rad- und Fußgängerverkehre zu optimieren. Auch eine mögliche Trassenführung einer Stadtbahn nach Heepen sei vorgesehen.

Gehwege seien nur an den Gebäudeseiten vorgesehen. Die vom Beirat für Behindertenfragen noch zu beschließenden Standards zur Barrierefreiheit sollen in allen Straßenkreuzungen berücksichtigt werden.

Vorsitzender Herr Baum dankt Herrn Harnisch für die Ausführungen.

- der Beirat nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis -

Zu Punkt 7

Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

Frau Schneider hat an der Sitzung des **Sozial- und Gesundheitsausschusses** teilgenommen. Es gibt nichts Behindertenrelevantes zu berichten.

Frau Röder hat an der Sitzung des **Schul- und Sportausschusses** teilgenommen. Hier ging es im Wesentlichen um die Schulschließungen. Herr Kläs teilt mit, dass aus dem **Jugendhilfeausschuss** nichts Behindertenrelevantes zu berichten sei.

Vorsitzender Herr Baum teilt mit, dass im **Stadtentwicklungsausschuss** keine behindertenrelevanten Themen behandelt wurden.

Herr Dr. Gerull hat an der Sitzung des **Arbeitskreises „Stadtentwicklung“ des Seniorenrates** teilgenommen. Er schlägt vor, die Arbeitskreise des Beirates für Behindertenfragen und die des Seniorenrates besser zu verzahnen.

Frau Aufderheide berichtet aus dem **Arbeitskreis „Beratung und Selbsthilfe“**. Sie problematisiert das Fehlen verbindlicher Absprachen zu Zielsetzungen und zu vereinbarenden Maßnahmen. Außerdem sollten die inhaltlichen Bezüge zum Beirat für Behindertenfragen klar verdeutlicht werden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 8

"Wir fördern Integration!" - Integrationskonzept für Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0832/2009-2014

Vorsitzender Herr Baum begrüßt Frau Grewe vom Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten.

Frau Grewe führt aus, dass die Verwaltung durch einen Ratsbeschluss zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes für Bielefeld beauftragt worden sei. In einem zeitaufwändigen Prozess wurde ein erstes umfangreiches Konzept entwickelt, das nicht abschließend sei, sondern fortlaufend überarbeitet werden müsse. Spezielle Behindertenthemen würden nicht angesprochen. Die eigentliche Arbeit beginne in den Fachausschüssen. Die bisher beteiligten Gremien haben den Konzeptentwurf überwiegend positiv beschlossen.

Frau Röder nimmt positiv zur Kenntnis, dass „Inklusion“ in dem Konzept berücksichtigt wird.

Vorsitzender Herr Baum dankt Frau Grewe für die Ausführungen.

Beschluss:

1. **Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat für die Stadt Bielefeld, die sich als weltoffene, tolerante und als Stadt der Vielfalt mit all ihren Facetten bekennt, eine herausragende Bedeutung. Integration gehört zu den strategischen Zielen Bielefelds.**

Das Bielefelder Konzept 'Wir fördern Integration! – Integrationskonzept für Bielefeld' wird als Grundlage der künftigen kommunalen Integrationspolitik, -förderung und -arbeit verabschiedet.

Mit dem Konzept stellt sich die Stadt Bielefeld der Frage, wie Integration als langwieriger Aushandlungsprozess so gestaltet werden kann, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt

perspektivisch am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben gleichberechtigt teilhaben können. Es beschreibt die grundlegenden Rahmenbedingungen für einen respektvollen und gleichberechtigten Umgang zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund auf der Basis des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerf NRW).

Das Konzept ist für die Stadt Bielefeld

- „Querschnittskonzept“ und Orientierungs- und Handlungsrahmen für Integrationsförderung und –arbeit als eine (gesamt-)gesellschaftliche und politische Aufgabe, bei der Menschen mit Migrationshintergrund, Aufnahmegesellschaft und Politik ihre unterschiedlichen Beiträge zu leisten haben.
 - verbindlicher Rahmen für kommunalpolitische Handlungsansätze, die in einem fortlaufenden Prozess von Zielformulierung, Maßnahmeplanung und Controlling erarbeitet und weiterentwickelt werden.
 - Grundlage für die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Dialogs mit Akteurinnen bzw. Akteuren außerhalb der Verwaltung und für Strukturen für deren Beteiligung.
 - Handlungsinstrument zur Begleitung, Unterstützung und Umsetzung im Konzept verankerter Maßnahmen zur Integrationsförderung und –arbeit in kooperativer Vernetzung aller Beteiligten und für die künftigen Ziele und Grundsätze der Steuerung.
2. Die Stadt Bielefeld begrüßt und verabschiedet das Leitbild `Bielefeld – Zusammenleben in Vielfalt´ für die Bielefelder Integrationspolitik, -förderung und –arbeit als Orientierungsrahmen für die Ziele und das Handeln sowie für ein grundlegendes Verständnis von Integration (Anlage 1).
 3. Im Rahmen des Leitbilds (s. Ziff. 2) bekennt sich die Stadt Bielefeld zu integrationspolitischen Zielen und Aufgaben (vgl. Anlage 2 zum Beschlussvorschlag).
 4. Die Stadt Bielefeld befürwortet die Beachtung und Umsetzung der handlungsfeldbezogenen Zielsetzungen und Maßnahmevorschläge des Integrationskonzepts. Vorrangig sind zunächst die Ziele und Maßnahmevorschläge gem. Anlage 3 zum Beschlussvorschlag zu berücksichtigen und umzusetzen.

- einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Stadt Bielefeld gem. § 2 Abs. 2 AV-SGB XII NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1236/2009-2014

- der Beirat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis -

-:-

Sitzungspause 18.10 Uhr – 18.20 Uhr

Zu Punkt 12**Doppel-Haushaltsplan 2010/2011 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1338/2009-2014

Vorsitzender Herr Baum begrüßt Frau Schröder vom Amt für soziale Leistungen – Sozialamt -. Frau Schröder stellt das Verfahren zur Beschlussfassung des Haushalts vor. Sie informiert über Ziele und Systematik des Neuen Kommunalen Finanzmanagements – NKF – und führt aus, dass mit der Einführung von Produktgruppen und Produkten mit gegenseitiger Deckungsfähigkeit ein Mehr an Flexibilität ermöglicht werde, Budgets an die Stelle von Einzelpositionen getreten seien, eine tertiäre Berichterstattung, Umsteuerungen und Kennzahlen einen interkommunalen Vergleich ermöglichen. Sie erläutert die Struktur der Beratungsunterlagen und geht im Weiteren auf die für Menschen mit Behinderungen relevanten Sachverhalte ein. Hierbei verweist sie auf zwei Anträge Freier Träger, die sich an die Zielgruppe der Menschen mit Behinderungen richten.

Es bestehe insgesamt im städtischen Haushalt ein hoher Fehlbetrag, dessen Ausgleich über sog. Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (HSK-Maßnahmen), die sich im Teil vier der Vorlage finden, erfolgen solle. Frau Schröder führt weiter aus, dass die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen eine Form der institutionellen Förderung darstellen und der Produktgruppe 11.05.03 zugeordnet worden sind. Frau Schröder beantwortet Fragen der Mitglieder zu den Inhalten verschiedener Produktgruppen und erläutert relevante HSK-Maßnahmen.

Herr Dr. Gerull sieht die Transparenz bezüglich der Kosten für den Beirat für Behindertenfragen durch den Produkthaushalt nicht gegeben. Frau Aufderheide vertritt die Auffassung, dass der Versand der Beratungsunterlagen mit der Einladung zeitlich nicht ausreichend gewesen sei. Vorsitzender Herr Baum dankt Frau Schröder für die Ausführungen.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppel-Haushaltsplan 2010/2011 mit den Plandaten für die Jahre 2012 bis 2014 wie folgt zu beschließen:

1. Den **HSK-Maßnahmen Nr. 215 bis 236** des Amtes für soziale Leis-

tungen – Sozialamt – wird zugestimmt.
Die HSK-Maßnahmeblätter sind in der Anlage beigefügt.

2. Den **Zielen und Kennzahlen**

der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

3. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe 11.01.66 – SGA, Seniorenrat, Beiräte –

Jahr 2010: ordentliche Erträge = 95 €, ordentliche Aufwendungen = 129.010 €

Jahr 2011: ordentliche Erträge = 95 €, ordentliche Aufwendungen = 130.043 €

Produktgruppe 11.05.01 – Grundsicherung für Arbeit –

Jahr 2010: ordentliche Erträge = 29.905.397 €, ordentliche Aufwendungen = 106.292.197 €

Jahr 2011: ordentliche Erträge = 32.226.211 €, ordentliche Aufwendungen = 115.047.569 €

Produktgruppe 11.05.02 – Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes –

Jahr 2010: ordentliche Erträge = 6.864.358 €, ordentliche Aufwendungen = 33.836.767 €

Finanzerträge = 17.000 €, sonstige Finanzaufwendungen = 0 €

Jahr 2011: ordentliche Erträge = 7.201.694 €, ordentliche Aufwendungen = 34.863.136 €

Finanzerträge = 17.000 €, sonstige Finanzaufwendungen = 0 €

Produktgruppe 11.05.03 – Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen –

Jahr 2010: ordentliche Erträge = 7.551.465 €, ordentliche Aufwendungen = 52.416.315 €

Jahr 2011: ordentliche Erträge = 7.289.952 €, ordentliche Aufwendungen = 52.717.041 €

wird zugestimmt.

4. Den **Teilfinanzplänen A** der

Produktgruppe 11.05.01

Jahr 2010: investive Einzahlungen = 124.444 €, investive Auszahlungen = 132.094 €

Jahr 2011: investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 7.650 €

Produktgruppe 11.05.03

Jahr 2010: investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 2.000 €

Jahr 2011: investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 2.000 €

wird zugestimmt.

5. Den Maßnahmen des **Teilfinanzplanes B** in 2010 der Produktgruppe 11.05.01 wird zugestimmt.
6. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 für den Doppel-Haushaltsplan 2010/2011 wird zugestimmt.
7. Dem Doppel-Stellenplan 2010/2011 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird zugestimmt.

- bei Stimmengleichheit abgelehnt -

-:-

Zu Punkt 13

Doppel-Haushaltsplan 2010/2011 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1299/2009-2014

Vorsitzender Herr Baum begrüßt Herrn Heibrock vom Amt für Jugend und Familie – Jugendamt -. Herr Heibrock erläutert die Darstellung der Beschlussvorlage und geht beispielhaft auf einzelne Bereiche ein. Als grundsätzliche Veränderungen gegenüber dem Haushalt 2009 seien die Reduzierung der Unterausschüsse des JHA und die Neugründung des „Bündnis für Familie Bielefeld“ zu erwähnen. Für die Leistungen des Unterhaltsvorschlusses wurde aufgrund landesrechtlicher Vorgaben im Produktbereich „Soziale Leistungen“ eine neue Produktgruppe mit dem Produkt Unterhaltsvorschuss gebildet.

Der Haushalt gliedert sich in fünf Produktgruppen, die in der Vorlage beschrieben und die wesentlichen Haushaltspositionen dort auch erläutert seien. Er geht besonders auf die Produktgruppe 11.06.01 – Förderung von Kindern/Prävention – ein. Hier geht es um die Bereitstellung und Finanzierung von Betreuungsplätzen für Kinder in Tagespflege, auch um die Integrationsplätze. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bruder erklärt Herr Heibrock, dass die Auslagerung der Kita's im Haushaltsplan noch nicht berücksichtigt wurde.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Doppel-Haushaltsplan 2010/2011 mit den Plandaten für die Jahre 2012 bis 2014 wie folgt zu beschließen:

1. Den **HSK-Maßnahmen Nr. 237 bis 254** des Amtes für Jugend und Familie -Jugendamt- wird zugestimmt.
2. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.06.01, 11.06.02, 11.06.03 und 11.05.07 wird zugestimmt.

3. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	mit Ordentlichen Erträgen 2010	mit Ordentlichen Aufwendungen 2010	mit Ordentlichen Erträgen 2011	mit Ordentlichen Aufwendungen 2011
11.01.67	0 €	68.972 €	0 €	69.149 €
11.06.01	39.697.768 €	99.144.706 €	44.348.251 €	109.183.557 €
11.06.02	6.029.355 €	56.243.571 €	5.179.355 €	58.608.614 €
11.06.03	144 €	1.564.312 €	144 €	1.635.864 €
11.05.07	4.120.034 €	5.494.636 €	4.180.034 €	5.621.493 €

wird zugestimmt.

4. Den **Teilfinanzplänen A** der

Produktgruppe	mit investiven Einzahlungen 2010	mit investiven Auszahlungen 2010	mit Verpflichtungsermächtigungen 2010	mit investiven Einzahlungen 2011	mit investiven Auszahlungen 2011	mit Verpflichtungsermächtigungen 2011
11.06.01	7.473.257 €	8.381.407 €	500.000 €	2.700.000 €	3.222.300 €	0 €
11.06.02	20.000 €	214.000 €	0 €	20.000 €	25.500 €	0 €

wird zugestimmt.

5. Den Maßnahmen der **Teilfinanzpläne B** in 2010 und 2011 der Produktgruppe 11.06.01 wird zugestimmt.

6. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.67, 11.06.01, 11.06.02, 11.06.03 und 11.05.07 für den Doppelhaushaltsplan 2011/2011 wird zugestimmt.

7. Dem Doppelstellenplan 2010/2011 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird zugestimmt.

- mit Mehrheit bei 5 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14
- neu -

Haushaltssicherungskonzept 2010-2014, HSK- Maßnahme Nr. 178
Einsparung Stelle Behindertenberatung 0,7 g.D.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer : 1421/2009-2014 (in der Fassung des Auszuges für den Beirat für Behindertenfragen)

Vorsitzender Herr Baum begrüßt Frau Dr. Delius vom Gesundheitsamt. Frau Dr. Delius erläutert die Vorlage (**Anlage 3**) Nach dem Wegfall der beim Gesundheitsamt angesiedelten Beratungsstelle sei die fachliche Beratung bei der Stadt Bielefeld durch die Beratungsstelle des Sozialamtes und die Angebote der offenen Behindertenhilfe weiterhin sichergestellt. Die bisherige sozialarbeiterische Einschätzung des Förder- bzw. Hilfebedarfs und die ärztliche Begutachtung entfielen. Künftig werde nach Aktenlage entschieden.

Frau Hammes sieht in dieser Art der Beurteilung eine Qualitätseinbuße zum Nachteil der Menschen mit Behinderungen. Nach kurzer Diskussion fasst der Beirat für Behindertenfragen den folgenden

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Fachausschuss/dem Rat, der HSK-Maßnahme Nr. 178 – Einsparung Stelle Behindertenberatung 0,7 g.D. zuzustimmen.

Bei einem Abstimmungsergebnis von

Nein: 3 Stimmen

Enthaltungen: 6 Stimmen

- mehrheitlich abgelehnt -

Zu Punkt 16

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 16.1

Verkehrsberuhigung im Bereich der Albatrosschule

Frau Daube teilt mit, dass ihr eine Stellungnahme des Amtes für Verkehr vorliege. Das Anhörungsverfahren mit der Polizei und dem Straßenbau- lastträger habe ergeben, dass gegen die Einbeziehung der Albatrosschule in die vorhandene Tempo 30-Zone keine Bedenken bestehen. Im Hinblick auf die Schutzbedürftigkeit der Schüler sei die sofortige Umsetzung der Erweiterung der Tempo-30-Zone notwendig. Die Maßnahme werde in Kürze umgesetzt.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Der Vorsitzende Herr Baum beendet die Sitzung um 19.20 Uhr.

Baum
Vorsitzender

Daube
Schriftführerin